



Rede zum
1. MAI 2022
„GeMAInsam Zukunft gestalten“

Ralf Kutzner, geschäftsführendes
Vorstandsmitglied der IG Metall

Coburg, 1. Mai 2022

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Coburgerinnen und Coburger,

seid auch von mir herzlich begrüßt an diesem 1. Mai auf dem Albertsplatz.

Ich freue mich sehr, heute bei euch zu sein und diesen *Tag der Arbeit* nach zwei Jahren Ausnahmesituation – bedingt durch die Pandemie – mit euch gemeinsam zu begehen.

Allerdings wird meine Freude schwer getrübt.

Uns allen macht der brutale Angriffskrieg von Putins Armee auf die Ukraine große Sorgen. Während wir hier stehen ertragen viele

Millionen Menschen aufgrund dieses Krieges unerträgliches Leid. Sie sind auf der Flucht oder verletzt oder müssen den Tod ihrer Lieben beklagen. Vielen Kindern werden die Eltern brutal entrissen und viele Eltern beweinen den Tod, den Verlust oder die Verletzung ihrer Kinder. Nichts rechtfertigt aber auch gar nichts rechtfertigt diesen völkerrechtswidrigen Krieg, der gezielt auch gegen die Zivilbevölkerung geführt wird.

Die europäische aber auch die geopolitische Friedensordnung und die nationale Integrität der Staaten werden von Putin nicht nur infrage gestellt, sondern sollen mit Gewalt beseitigt werden und nach seinen Vorstellungen gestaltet werden.

Wir haben dazu eine klare Position und Forderung an den russischen Präsidenten Putin:

Beenden Sie das Sterben und Leiden, ziehen Sie ihre Truppen aus der Ukraine vollständig ab, beenden Sie diesen Krieg!

Wir stehen in diesen schweren Stunden an der Seite der ukrainischen Bevölkerung. Wir unterstützen und helfen immer auch in enger Abstimmung mit unseren Verbündeten.

Wir helfen den Geflüchteten, den Menschen im Land aber auch dem ukrainischen Militär. Die Entscheidung der Bundesregierung der Ukraine Waffenlieferungen zu gewähren sind immer sehr gut abzuwägen. Aber in diesem Fall halten wir sie für richtig und notwendig. Eine Demokratie muss wehrhaft sein, sonst wird sie Opfer von Kriegstreibern und Despoten für die unsere Freiheit eine Bedrohung ihres Regimes der Unterdrückung darstellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ja es sind sehr ernste Zeiten in denen wir Leben. Jetzt Verantwortung und die Idee einer guten, einer friedlichen und lebenswerten Zukunft zu behalten ist unser Antrieb weiter eine Politik für und mit den Menschen zu machen.

Und auch die Pandemie ist natürlich nicht spurlos an uns vorübergegangen. Und sie ist auch noch nicht weg!

Wir alle haben zwei Jahre unter erschwerten Bedingungen gearbeitet. Egal, ob im Betrieb oder im Homeoffice.

Viele von euch waren, bzw. sind von Kurzarbeit betroffen oder ihr konntet Eure Tätigkeit gar nicht mehr ausüben.

Das hat bei vielen Menschen zu finanziellen Einbußen geführt, manche unter Umständen sogar in Existenznöte gebracht.

Und als wenn das nicht schon genug wäre steigen jetzt auch noch die Energie- und Versorgungskosten auf ein nie gekanntes Niveau:

Kraftstoffe 50 % rauf! Gas 42 %! Gemüse plus 15 %!

Dinge des täglichen Bedarfs werden unglaublich teuer. So teuer, dass sie vom Einkaufszettel gestrichen werden müssen.

Wieder trifft es die am härtesten die sich ohnehin schon nicht viel leisten konnten.

Zwar versucht die Politik gegenzusteuern.

Aber das reicht doch vorne und hinten nicht!

Das geht besser!!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Damit wird eines völlig klar:

Wir müssen weg von fossilen Brennstoffen!

Es führt kein Weg an **erneuerbaren** Energieformen vorbei!

Und dafür brauchen wir eine echte Energiewende!

Und lasst es mich an dieser Stelle noch einmal in aller

Deutlichkeit sagen:

Die Energiewende ist kein nettes Extra, auf das man auch verzichten könnte. Weil es ja bis jetzt auch immer irgendwie anders gegangen ist.

Nein, diese Energiewende ist absolut überlebensnotwendig!

Sie ist die zwingende Voraussetzung für das Erreichen unserer Klimaziele.

Und es ist nicht übertrieben zu sagen:

Das Schicksal künftiger Generationen hängt davon ab!

Und ich spreche hier nicht von einer abstrakten, fernen Zukunft.

Darum müssen wir **jetzt** handeln. Wir können nicht länger warten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nicht erst seit der Reaktorkatastrophe in Fukushima fordert der DGB – und mit ihm die IG Metall – eine umweltverträgliche, versorgungssichere, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energieversorgung.

Denn nur sie sichert industrielle Wertschöpfung und den Erhalt unsere **Lebensgrundlagen** und auch **Beschäftigung**.

Alles hängt mit allem zusammen.

Und ohne soziale Sicherheit wird auch die Energiewende nicht sicher sein.

Denn die Maßnahmen zur Energiewende müssen von der Gesellschaft akzeptiert sein. Eine Energiewende, die den Menschen nur Nachteile und Belastungen und keine spürbaren Vorteile aufzeigt wird scheitern

Und so kommt es, dass 96 Prozent der Gebäude nicht einmal eine einzige Solarzelle auf dem Dach haben.

Aber wir brauchen gar nicht nur nach oben gucken, auf die Dächer. Bleiben wir unten:

Was nützt ein Ausbau der Photovoltaik, wenn der erzeugte Strom dann nicht ins Netz eingespeist werden kann?

Auch der Ausbau des Stromnetzes trägt entscheidend zur Energiewende bei.

Denn was vielleicht vielen Menschen nicht bewusst ist:

36% der CO²-Emissionen kommen aus dem Gebäudesektor.

Das ist mehr als ein Drittel!

Und viel zu viele Gebäude sind unsaniert.

2/3 der Gebäude sind älter als 35 Jahre.

Bereits in den letzten beiden Jahren hat der Gebäudesektor sämtliche Zielvorgaben der Bundesregierung gerissen.

Aber wenn wir das Pariser Klimaabkommen einhalten wollen und wenn Gebäude bis 2045 klimaneutral sein sollen, **müssen wir hier massiv zulegen! Und zwar dringend!**

Wir brauchen zwingend eine Gebäudesanierungsrate von 2 % im Jahr, um unsere Ziele erreichen zu können.

Derzeit liegen wir aber nur bei der Hälfte, **bei 1 %!**

Hier ist deutlich mehr Tempo gefragt. Sonst läuft uns die Zeit unwiederbringlich davon.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

aber selbst, wenn wir **wollten** ... selbst, wenn wir mit gutem Willen an die Sache rangehen und sagen: „Okay, lasst uns die Sanierungsrate bei den Gebäuden doch einfach verdoppeln“ –
einer muss es am Ende auch machen!

Und damit kommen wir zum nächsten Schmerzpunkt:

Es fehlen die Fachkräfte!

Es fehlen aktuell hunderttausende Fachkräfte in der Privatwirtschaft, aber auch im Öffentlichen Dienst.

Sie fehlen der Industrie, aber sie fehlen auch und besonders im

Handwerk.

Und wer, wenn nicht das Handwerk, erledigt denn die energetische Gebäudesanierung am Ende?

Um es auf den Punkt zu bringen: Die Leistungsfähigkeit des Handwerks ist mitentscheidend dafür, ob die Klimaschutzziele erreicht werden oder nicht.

- Denn **im Handwerk** wird der angestrebte, drastische Ausbau erneuerbarer Energien im Gebäudesektor umgesetzt.
- **Das Handwerk** ist es, das neue Heizungsanlagen einbaut, um den Abschied von fossilen Brennstoffen bei der Wärmeerzeugung zu ermöglichen.
- Und **das Handwerk** baut die neuen Fenster ein, dämmt Fassaden und sorgt obendrein noch dafür, dass das E-Auto auch Zuhause aufgeladen werden kann.

Dem Handwerk wird also auf absehbare Zeit die Arbeit nicht ausgehen. **Wohl aber die Fachkräfte! Sie sind es sogar bereits!**

Denn obwohl Handwerksberufe an sich hoch angesehen sind, wollen immer weniger Menschen im Handwerk arbeiten.

Alleine in den sanierungsrelevanten Gewerken fehlen derzeit **190.000** Fachkräfte. Und es werden immer mehr!

Das Handwerk hat enorme Probleme, Ausbildungsplätze zu besetzen und Leute nach der Ausbildung dann auch zu halten. Zwei Drittel der jungen Fachkräfte suchen das Weite.

Aber warum ist das so?

Weil es die Arbeitgeber im Handwerk nicht schaffen, attraktiv zu sein!

Ausufernde Arbeitszeiten, nicht vergütete Fahrtzeiten, Entgeltlücken von über 20% im Vergleich zur Industrie, stagnierende Aus- und Weiterbildung, in weiten Teilen nicht stattfindende Mitbestimmung in den Betrieben, Tarifflicht.

Es liegt an den Arbeitgebern, das zu ändern!

Das gilt natürlich für alle Branchen.

Niemand zwingt einen Arbeitgeber oder Verband zur Tarifflicht, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Tarifflicht ist keine wirtschaftliche, sondern immer eine politische Entscheidung.

Und deshalb gilt doch: Tarifflicht müssen wir verhindern!

Organisiert die Betriebe und Verwaltungen macht die

Gewerkschaften stark. Es gibt keinen besseren Schutz gegen Tariffucht als starke Gewerkschaften im Betrieb.

Aber auch die Politik in Bund und Lagen kann und muss den wichtigen Teil der sozialstaatlichen Ordnung, nämlich die Tarifbindung, unterstützen.

Deshalb und das ist doch völlig klar, dürfen öffentliche Aufträge nur noch an Betriebe mit Tarifbindung vergeben werden!

Wir fordern ein Tariftreuegesetz endlich auch in Bayern!

Es kann nicht sein, dass das angeblich fortschrittlichste Bundesland Deutschlands immer derart hinterherhinkt und – neben Sachsen – als einziges kein Tariftreuegesetz hat!

Das ist keine Leistung! Das ist eine Schande!

Tarifverträge verhindern **prekäre** Beschäftigung.

Durch Tarifverträge ermöglichen wir den tarifgebundenen Beschäftigten einen fairen Anteil am Unternehmensgewinn. In allen Branchen.

Sie bieten ihnen die Möglichkeit, angemessen am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Ins Kino oder Museum zu gehen, den Kindern an Weihnachten Geschenke zu kaufen und in den Urlaub zu fahren.

Und auch die unerträgliche Benachteiligung von Frauen bez. der Wertschätzung ihrer Arbeit, kann durch Tarifverträge wirksam verhindert werden.

Tariflöhne sorgen außerdem für eine gute Rente und verhindern Altersarmut.

Denn die Rente ist der Mindeststandard für die Lebenssicherung im Alter.

Diese Lebenssicherung im Alter bekommt nun übrigens auch im Niedriglohnbereich endlich eine Aufwertung durch die Anhebung des Mindestlohns.

Wir haben lange dafür gekämpft!

Ab Oktober wird der gesetzliche Mindestlohn auf **12 Euro** pro Stunde angehoben.

Damit wird nun endlich eine seit langem bestehende Forderung der Gewerkschaften umgesetzt.

Der 12-Euro-Mindestlohn ist unser Erfolg!

Die Anhebung ist ein absolut wichtiger Schritt zur Vermeidung von Armutsgefährdung.

Und genau dafür ist der Mindestlohn ja auch eingeführt worden.

Denn „Arm trotz Arbeit“ ist beileibe kein Randphänomen, sondern für viele Menschen bittere Realität.

Es geht hierbei um mehr Wertschätzung für die geleistete Arbeit **von Millionen von Beschäftigten.**

Denn der aktuelle Mindestlohn reicht nicht für ein auskömmliches Einkommen.

Er ermöglicht weder eine ausreichende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, noch schützt er vor Altersarmut. Deshalb ist seine einmalige Anhebung durch den Gesetzgeber auf **12 Euro** notwendig und überfällig.

Die geplante Erhöhung wird bei mindestens 6,2 Millionen Menschen dazu führen, dass sie mehr verdienen.

Darunter sind insbesondere Teilzeitbeschäftigte und Minijobberinnen und Minijobber, aber auch 1,4 Millionen Vollzeitbeschäftigte.

Für einen vollzeitbeschäftigten Single ohne Kinder bedeutet die Erhöhung ein Einkommensplus von **Netto** etwa **220 Euro** monatlich im Vergleich zu heute. Das ist eine Stange Geld!

Zudem sorgt die Erhöhung des Mindestlohnes für Mehreinzahlungen in die Sozialversicherungen.

Und nicht zuletzt bewirkt die Erhöhung eine spürbare Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Kaufkraft.

Denn jeder Cent mehr Mindestlohn bringt einen gesamtwirtschaftlichen Kaufkraftgewinn von 20 Millionen Euro jährlich – hochgerechnet auf 12 Euro sind das mehrere Milliarden Euro.

Geld, das meist unmittelbar in den Wirtschaftskreislauf zurückfließt und somit wie ein Konjunkturpaket wirkt.

Unter den Beschäftigten, die von der Anhebung profitieren, sind Frauen besonders stark vertreten.

Wenn wir uns nur mal Bayern anschauen, dann stellen **Frauen** knapp die Hälfte der Beschäftigten, nämlich **48,9 %**.

Aber sie arbeiten zu **71,2 %** im Niedriglohnsektor.

Man kann also sagen: Der Niedriglohn ist überwiegend weiblich.

Vom Niedriglohn betroffen sind Beschäftigte in der Gastronomie, in der Logistik, im Sicherheitsgewerbe, im Einzelhandel oder in Call-Centern.

Ihre Einkommen reichen aktuell nicht, um davon eine Familie zu ernähren.

Den Arbeitgebern sind diese Menschen aber offenbar egal.

Sie würden gerne weiter Niedriglöhne zahlen und denken sich laufend neue, fadenscheinige Argumente gegen die Mindestlohnerhöhung aus.

So hat die Arbeitgeberseite früher immer gerne behauptet, der Mindestlohn würde Arbeitsplätze kosten.

Doch seit der Mindestlohn gesetzlich gilt, hat sich gezeigt: Im Gegenteil! Die Beschäftigung ist sogar deutlich angestiegen!

Und auch die jetzige Erhöhung auf 12 Euro wird laut Studien keine Jobs kosten.

Weil sich die alten Parolen somit als falsch erwiesen haben, versuchen die Arbeitgeber es jetzt juristisch.

Die Anhebung des Mindestlohns durch den Gesetzgeber sei ein verfassungswidriger Eingriff in die Tarifautonomie, nur die

Mindestlohnkommission dürfe über dessen Höhe bestimmen,
sagen sie. **Was für ein Hohn!**

Das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen!

Da treten die Arbeitgeber als die großen Bewahrer der
Tarifautonomie auf, dabei sind es doch **sie selbst**, die mit ihrer
Tarifflucht die Tarifautonomie in Deutschland untergraben!

Nur ihre Flucht aus der Tarifbindung liefert doch überhaupt erst
den Anlass dafür, die Notbremse per Gesetz zu ziehen!

Deshalb rufe ich den Arbeitgebern zu:

„Sorgt für Ordnung in Eurem Laden! Beendet die Tarifflucht Eurer
Mitglieder! Und stellt Euch Eurer Verantwortung als Sozialpartner
in unserer sozialen Marktwirtschaft!“

Die Arbeitgeber haben den Wandel seit Jahren verschlafen – nun dürfen Versäumnisse nicht auf dem Rücken der Beschäftigten nachgeholt werden! Dem stellen wir uns entschlossen entgegen!

Darum bleibt es wichtig, die Transformation in den Betrieben mit Zukunftstarifverträgen zu gestalten und Beschäftigung zu sichern.

Als Gewerkschaft fordern wir verlässliche Perspektiven für die Beschäftigten.

Dafür wollen wir weiter Produktionsperspektiven regeln, wir wollen Standorte sichern und Aus- und Weiterbildung gestalten.

Das machen wir natürlich in erster Linie in unseren Tarifverträgen, aber trotzdem kann es nicht sein, dass das Bundesland Bayern immer noch kein Gesetz zum Bildungsurlaub hat!

Denn Bildung ist wichtig! Gerade in der Krise! Gerade in Zeiten des Wandels!

Und die Bildung jedes Einzelnen kommt letzten Endes allen zugute, auch der Allgemeinheit!

Hier schläft die Bayerische Staatsregierung mal wieder komplett!

In unseren Tarifverträgen wollen wir aber auch betriebsbedingte Kündigungen ausschließen, Altersteilzeit fördern und – nicht zuletzt – die Übernahme der Ausgebildeten sichern.

Das galt **vor** der Pandemie, und das gilt nun auch ganz besonders für die Zeit **nach** der Pandemie.

Denn wir wirtschaften schließlich **ALLE** für das Gemeinwohl und nicht nur für den persönlichen Reichtum einiger weniger! Allen Versuchen, dies anders zu handhaben, treten wir entschlossen entgegen – als Gesellschaft allgemein, aber auch ganz konkret als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

Dafür stehen wir in der Gewerkschaft solidarisch zusammen und lassen uns nicht spalten, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst mich zum Schluss kommen und festhalten:

Nur mit Solidarität lassen sich schwierige Zeiten meistern, nur mit Solidarität kommt man aus ihnen wieder heraus. Und nur mit Solidarität geht es auch danach **gut** weiter!

Nur **gemeinsam** sind wir in der Lage, für Gerechtigkeit in Gesellschaft und Arbeitswelt zu sorgen. Damit **alle** davon profitieren!

Oder, um es mit dem diesjährigen DGB-Motto zu sagen:

GeMAInsam Zukunft gestalten!

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter weltweit gehen heute auf die Straße, um sich zur Solidarität zu bekennen.

Nach zwei Jahren Pandemie tut dieses Signal so gut!

Und deshalb bedanke ich mich auch bei Euch allen hier ganz herzlich!

Dafür, dass Ihr gekommen seid, um diesen Tag öffentlich gemeinsam zu begehen.

Und ein so großartiges Zeichen der Solidarität zu setzen.

Glück auf!